

Magazin

erwachsenenbildung.at



Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

<https://erwachsenenbildung.at/magazin>

Wissenschaftsskepsis als doppelte Ausschlusserfahrung während der Corona-Pandemie

Eine bildungssoziologisch-politikwissen-
schaftliche Perspektive mit Pierre Bourdieu

Lukas Hofmann

In der Ausgabe 52, 2024:
Wissenschaftskommunikation.
Die wechselseitige Durchdringung von Gesellschaft, Wissenschaft und Demokratie



Wissenschaftsskepsis als doppelte Ausschlusserfahrung während der Corona-Pandemie

Eine bildungssoziologisch-politikwissenschaftliche Perspektive mit Pierre Bourdieu

Lukas Hofmann

Zitation Hofmann, Lukas (2024): Wissenschaftsskepsis als doppelte Ausschlusserfahrung während der Corona-Pandemie. Eine bildungssoziologisch-politikwissenschaftliche Perspektive mit Pierre Bourdieu. In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs. Ausgabe 52, 2024. Online: <https://erwachsenenbildung.at/magazin/ausgabe-52>.

Schlagworte: Wissenschaftsskepsis, Bourdieu, Ausschlussmechanismen, Ausschlusserfahrung, Corona-Pandemie, Parteipräferenz, Bildungsstand, Deutschland



Abstract

Der Beitrag erklärt, basierend auf der Theorie Pierre Bourdieus, den empirisch belegbaren Zusammenhang zwischen formal niedrigem Bildungsabschluss, Misstrauen gegen die Wissenschaft und dem Wählen von sich als „wissenschaftsskeptisch“ inszenierenden Parteien. Grundlage dafür ist zum einen eine doppelte Lesart Bourdieus, die einerseits orthodox bildungssoziologisch und andererseits politisch erfolgt, zum anderen sind es empirische Daten zum sich wandelnden Vertrauen in die Wissenschaft vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie im Zeitraum 2018 bis 2023 in Deutschland. Der Autor zeigt auf, dass sowohl die Wissenschaft als auch die Politik Ausschlussmechanismen aufweisen, die Personen mit niedriger formaler Bildung benachteiligen. Außerdem sei im Zuge der Corona-Pandemie der Wechselkurs zwischen wissenschaftlichem und politischem Kapital gestiegen, was bedeute, dass Personen mit ersterem mehr politische Macht erhielten. Das Zusammenwirken dieser Ausschlussmechanismen trägt dazu bei, dass sich Personen als wissenschaftsskeptisch positionieren. Daraus ergeben sich Konsequenzen für Bildungspraxis und Politik, die der Autor beschreibt und durch erste Überlegungen zu Handlungsbedarfen ergänzt. (Red.)

Wissenschaftsskepsis als doppelte Ausschlusserfahrung während der Corona-Pandemie

Eine bildungssoziologisch-politikwissenschaftliche Perspektive mit Pierre Bourdieu

Lukas Hofmann

Der Artikel will einen Beitrag zur Klärung des Begriffs „Wissenschaftsskepsis“ leisten. Dafür wird zunächst eine theoretische Begriffsentwicklung ausgehend von Pierre Bourdieus Begriff des Wechselkurses unternommen. Mit diesem wird sich anschließend empirischen Daten zum sich wandelnden Vertrauen in Wissenschaft vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie über den Zeitraum 2018 bis 2023 in Deutschland genähert. Der entwickelte Begriff versucht dabei, einen Zusammenhang zwischen Vertrauen/Miss-trauen in Wissenschaft, formalem Bildungs-rang und Parteipräfe-renzen herzustellen. Abschließend werden Vorschläge für mögliche Konsequenzen für die Bildungspraxis und die Politik erbracht.

Theoriekonstruktion: Wissenschafts-fundierte Politik nach Pierre Bourdieu

Pierre Bourdieu nutzte den Begriff „Wechselkurs“ im Kontext seiner Theorie der Felder. Felder sind für Bourdieu gesellschaftliche Teilbereiche, die zwar durch Relativität von anderen abhängig, durch ihre Autonomie aber doch von anderen unterscheidbar sind. Das Feld der Bildung kann beispielsweise autonom Bildungspraktiken durchführen, ist dabei jedoch abhängig von staatlichen Inhaltsvorgaben.

In Bourdieus Worten wird das Feld der Bildung da-durch relativ-autonom (vgl. Bourdieu 2013, S. 97).

Der Zerfall der Gesellschaft in Felder, die „*fortschrei-tende Differenzierung*“, entsteht für Bourdieu durch „*die Differenzierung der Arten und Weisen, die Welt zu erkennen*“ (Bourdieu 2017, S. 125). Jedes Feld pro-duziert folglich einen Gegenstand und „*das diesem Gegenstand entsprechende Prinzip des Verstehens und Erklärens*“ (ebd.). Dem Feld der Wissenschaft kommen somit ein bestimmtes Erkenntnisinteresse

1 Der Begriff bleibt nach meinem Dafürhalten unterrezipiert, obwohl er gerade für politische Lesarten des französischen Soziologen einen Mehrwert bieten kann, wie ich hier zu zeigen versuche.

und ein bestimmter Erkenntnismodus zu, die es vom Feld der Politik unterscheiden. Selbst wenn ein bestimmter Konflikt Gegenstand beider Felder würde, übten beide Felder unterschiedliche Arten und Weisen des Erkennens auf diesen Gegenstand aus. Das Feld der Politik könnte eine diplomatische Perspektive einnehmen, das Feld der Wissenschaft eine konfliktforschende, die wissenschaftlichen Methoden folgt.

Die wissenschaftlichen Disziplinen beschreibt Bourdieu als wissenschaftliche Felder. Ihre Autonomie zeigt sich für ihn in ihrer Brechungsstärke. Damit meint er die „*Fähigkeit, äußere Zwänge oder Anforderungen zu brechen, in eine spezifische Form zu bringen*“ (Bourdieu 1998, S. 19; Hervorhebung im Orig.), es handelt sich um eine „Übersetzungsmacht“ von Gegenständen in die Sprache des Feldes (siehe dazu auch „Die Kodifizierung“ in Bourdieu 1992). Einer Pandemie kann damit politisch anders begegnet werden als wissenschaftlich. Und je weniger das Feld von externen Zwängen abhängig ist, umso autonomer kann es handeln.

„Das bedeutet“, so Bourdieu, „daß die ‚*Politisierung eines wissenschaftlichen Feldes eben nicht auf eine große Autonomie des Feldes schließen läßt*“ (Bourdieu 1998, S. 19), sondern dass die Politisierung eines wissenschaftlichen Feldes die Autonomie der Disziplin senkt. Umgekehrt gilt auch, dass je größer der Einfluss eines wissenschaftlichen Feldes auf die Politik ist, das politische Feld umso weniger autonom agiert.

Wissenschaftliches Kapital bezeichnet in diesem Zusammenhang Macht und Entscheidungsbefugnis im wissenschaftlichen Feld. Hier unterscheidet Bourdieu (1998, S. 31) zwei Arten: Einerseits nennt er eine „*weltlich[e] (oder politisch[e])*“ Macht im wissenschaftlichen Feld, welche sich in „*der Besetzung herausgehobener Stellen in wissenschaftlichen Institutionen*“ oder „*der Leitung von Forschungseinrichtungen und Abteilungen, der Mitgliedschaft in Kommissionen*“ zeigt. Andererseits nennt er das „*reine*“ wissenschaftliche Kapital“, welches auf der „*kaum oder schwach institutionalisierten Anerkennung durch die Gesamtheit der Gleichgesinnten*“ beruht. Dabei handelt es sich um wissenschaftliches „*Prestige*“, welches sich „*durch anerkannte Beiträge zum Fortschritt der Wissenschaft, durch Erfindungen oder Entdeckungen*“ (ebd., S. 31f.) konstituiert.

Ebenso existiert ein politisches Feld mit politischem Kapital. Wie alle Felder ist auch das politische Feld nicht für alle Menschen gleich zugänglich. Zugang zu politischer Befugnis bekommt, wer „*über eine spezifische Kompetenz verfügt*“, wer „*Wissen (Theorien, Problemstellungen, Konzepte [...]) sowie allgemeinere Fertigkeiten erworben [...]* [hat], wie die Beherrschung eines bestimmten Jargons und einer bestimmten politischen Rhetorik“ (Bourdieu 2013, S. 50f.).

Zentraler Gegenstand des politischen Feldes ist für Bourdieu das Durchsetzen einer Trennung. Die im politischen Feld vorgenommenen Trennungen wie etwa Rechts – Links (vgl. Bourdieu 2013, S. 59) oder die damit zusammenhängenden Gegensätze „*zwischen Franzosen und Ausländern*“ oder „*Reichen und Armen*“ (ebd., S. 105) bilden Wahrnehmungs- und Kategorisierungsschemata, welche sich in der sozialen Welt auch außerhalb des politischen Feldes wiederholen. Daher stellen diese für Bourdieu den Hauptgegenstand politischer Auseinandersetzungen dar.

Der Zugang zum politischen Kapital ist für Bourdieu Personen vorbehalten, „*die mit einem ökonomischen Überschuss ausgestattet sind, der es ihnen erlaubt, ihre produktiven Aktivitäten ruhen zu lassen und als Wortführer aufzutreten. Bildung ist ein weiterer Faktor neben der freien Zeit*“ (Bourdieu 2013, S. 99).

Das Akkumulieren von politischem Kapital ist also von anderen Ressourcen (Geld, Zeit, Bildung) abhängig. Anders gesagt: Der Erwerb politischen Kapitals ist abhängig von anderen (finanziellen, temporalen, kulturellen) Kapitalien. Das politische Kapital entsteht nämlich durch die Umwandlung von Zeit, Geld und Bildung in politische Macht. Diese Umwandlung geschieht jedoch nicht in einem fixen Tauschverhältnis. Tatsächlich ist „*[e]ines der Objekte der Kämpfe*“ in den Feldern „*der Erhalt oder die Veränderung des ‚Wechselkurses‘ zwischen den verschiedenen Kapitalsorten und damit zugleich auch die Macht über die bürokratischen Instanzen, die in der Lage sind, diesen durch administrative Maßnahmen zu verändern – Maßnahmen etwa zur Einwirkung auf die Seltenheit von Bildungstiteln*“ (Bourdieu 2018, S. 51). Ein guter Wechselkurs mit geringem Input und relativ dazu hohem Output

ist für bestimmte Gruppen besser als für andere; er begünstigt Teilhabe am politischen Feld für die entsprechenden Gruppen. Diese kaufen sich durch Kapitaleinsatz und Kapitalkonvertierung im politischen Feld ein und können dort jene Instanzen steuern, welche die Wechselkurse festlegen. Daher neigen herrschende Positionen in den Feldern auch zu Erhaltungsstrategien, während nicht-herrschende zu Umsturzstrategien neigen (vgl. Bourdieu 1993, S. 109), wobei die Strategien als je verschiedene Kapitalkonvertierungsstrategien aufgefasst werden können.

Politisch verstanden zeigt das Beispiel eines Gerichts, welches Entscheidungen der Regierung einschränkt, wie juristisches Kapital in politisches konvertiert werden kann. Demokratien sind darum bemüht, Sozialkapital in politisches Kapital zu konvertieren, während Bestechung versucht, mit Finanzkapital Politik zu machen. Das Unterbrechen gewohnter Abläufe durch das Unterlassen notwendiger Arbeit ist der Versuch, mit Streikkapital politische Entscheidungsbefugnis zu erlangen.

Wissenschaftsbasierte Politik kann vor diesem Hintergrund als eine politische Strategie, als eine politische Kapitalkonvertierungsstrategie verstanden werden, welche durch die Nähe des wissenschaftlichen Feldes zum politischen Feld spezifische Ausschlussmechanismen produziert, die von hypothetischen Annäherungen anderer Felder an das politische Feld zu unterscheiden sind (beispielsweise würde ein Zensuswahlrecht vor allem nach ökonomischem Kapital ausschließen). Verschiedene Legitimationsmodi von Politik schaffen so verschiedene Ausschlusserfahrungen.

Die These ist nun, dass die Corona-Pandemie den Wechselkurs von wissenschaftlichem Kapital in politisches Kapital gesteigert hat, was dazu führte, dass sich Gruppen, die sich u.a. qua formaler Bildung aus beiden Feldern als ausgeschlossen wahrnehmen, in dieser Zeit vermehrt Parteien zugewandt haben, welche sich als Anti-(Wissenschafts-)Establishment profiliert haben.

Empirie: Bildung und Vertrauen in Wissenschaft

Diese Gruppen, die sich von der Teilhabe an dieser Wissenschafts-Strategie als ausgeschlossen wahrnehmen, sind bildungssoziologisch erkennbar. Denn das Vertrauen in Wissenschaft sowie Nähe zum wissenschaftlichen Feld korrelieren mit dem formalen Bildungsgrad.

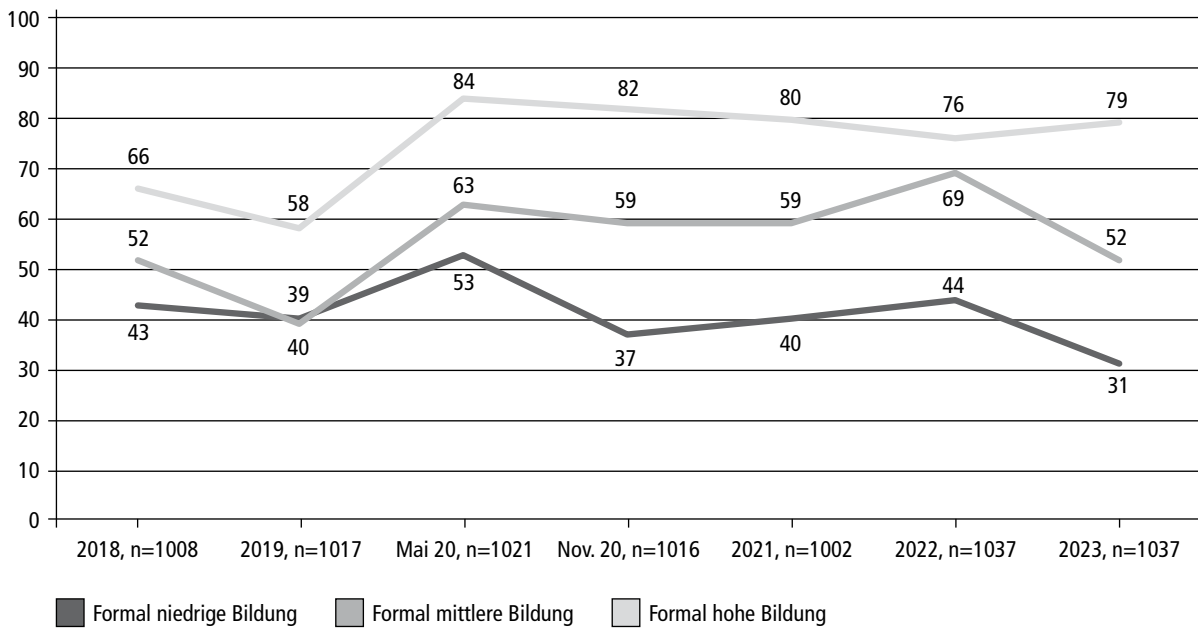
Für die hier verfolgte These liegen Daten mit einer möglichst hohen Passung nur für Deutschland vor, wo sie in den jährlichen Wissenschaftsbarometern von der Organisation „Wissenschaft im Dialog“ (im Folgenden WID) erhoben werden. Die für die deutsche Wohnbevölkerung ab 14 Jahren repräsentativen Daten des Wissenschaftsbarometers liegen für den hier günstigen Zeitraum von 2018 bis 2023 in vergleichbaren Untersuchungen vor. Die Befragungen erfassten den formalen Bildungsrang in der Auflösung: Volks- und Hauptschule (im Folgenden „niedrig“), mittlerer Bildungsabschluss (im Folgenden „mittel“) sowie Abitur oder Universitätsabschluss (im Folgenden „hoch“). Die Befragten konnten auf die Items auf einem Intervall von eins bis fünf antworten, wobei eins die höchste Zustimmung repräsentiert (Bsp.: 1: vertraue voll und ganz, 2: vertraue eher, 3: unentschieden, 4: vertraue eher nicht, 5: vertraue nicht). Alle Zahlen der folgenden Diagramme entstammen den jeweiligen Wissenschaftsbarometern der angegebenen Jahre (Mai 2020 entspricht WID 2020a, Nov. 2020 entspricht WID 2020b) und sind gemäß der Abbildungsbeschreibungen summiert.

Abbildung 1 veranschaulicht die Entwicklungen des Vertrauens in Wissenschaft nach formaler Bildung über den hier untersuchten Zeitraum.

Es zeigt sich, dass zu Beginn der Pandemie² (2019 - Mai 2020) das Vertrauen in Wissenschaft über alle drei Bildungsgrade hinweg angestiegen ist. Ab November 2020 sank es in allen Stufen, bei Personen mit formaler niedriger Bildung jedoch am stärksten. Bei dieser Gruppe stieg zeitgleich die Zustimmung zu der Aussage, es sei nicht die Aufgabe von Wissenschaftler*innen, sich in die Politik einzumischen, stark an.

² Die Befragung im Jahr 2019 fand vom 3. bis 10. September statt, in diesem Zeitraum sind keine relevanten Google-News unter dem Suchbegriff „Corona Virus“ zu finden. Die Daten aus dem Jahr 2019 beziehen sich also explizit auf die Zeit vor der Corona-Pandemie. Den Beginn kennzeichnet daher das Intervall 2019 - Mai 2020.

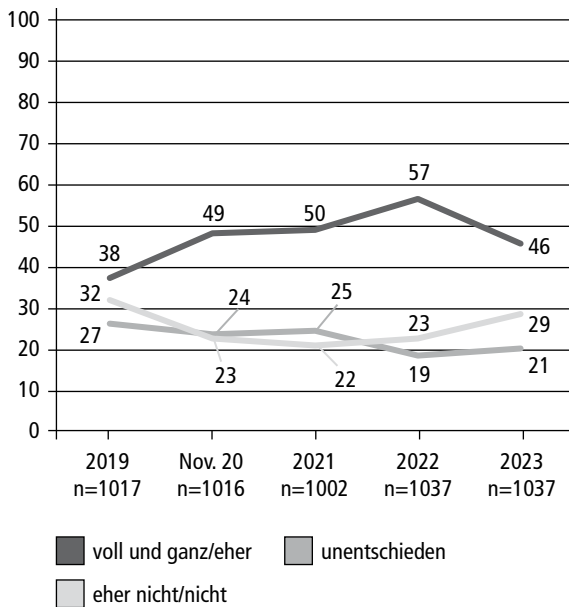
Abb. 1: Vertrauen in Wissenschaft und Forschung nach formalem Bildungsstand 2018-2023



Angaben zu: „Wie sehr vertrauen Sie in Wissenschaft und Forschung?“ (summierte Prozentwerte für Zustimmung „voll und ganz“ und „eher“).

Quelle: eigene Darstellung (vgl. dazu auch die entsprechende Darstellung in Wissenschaft im Dialog 2023)

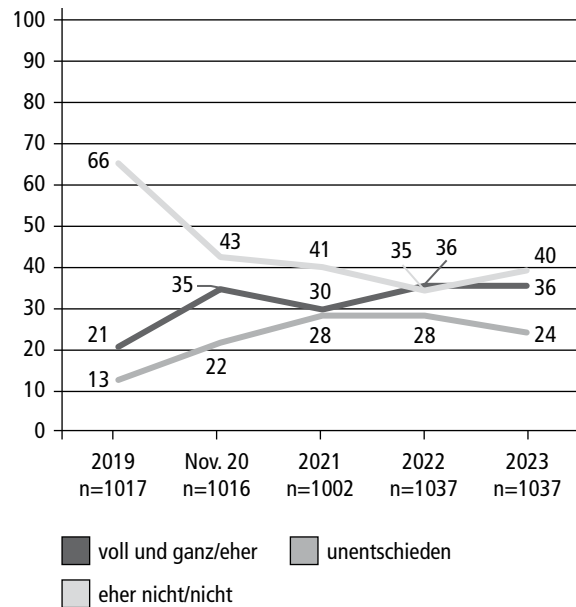
Abb. 2: Ablehnung der Doppelrolle Wissenschaft-Politik von Personen mit niedriger formaler Bildung



Zustimmung zu: „Es ist nicht die Aufgabe von Wissenschaftlern, sich in die Politik einzumischen“ bei formal niedriger Bildung in Prozent (summierte Werte bei „voll und ganz/eher“ sowie „eher nicht/nicht“).

Quelle: eigene Darstellung

Abb. 3: Ablehnung der Doppelrolle Wissenschaft-Politik von Personen mit hoher formaler Bildung



Zustimmung zu: „Es ist nicht die Aufgabe von Wissenschaftlern, sich in die Politik einzumischen“ bei formal hoher Bildung in Prozent (summierte Werte bei „voll und ganz/eher“ sowie „eher nicht/nicht“).

Quelle: eigene Darstellung

Abbildung 2 stellt diese Ablehnung der Doppelrolle Wissenschaft-Politik von Personen mit formal niedriger Bildung dar, Abbildung 3 im Vergleich dazu die Ablehnung jener Doppelrolle von Personen mit hoher formaler Bildung.

Es wird erkennbar, dass bei Personen mit niedriger formaler Bildung Zustimmung („voll und ganz“/ „eher“) zu der Aussage: „Es ist nicht die Aufgabe von Wissenschaftlern, sich in die Politik einzumischen“ vorherrscht, wohingegen Ablehnung („eher nicht“/ „nicht“) bei Personen mit formal hoher Bildung fast durchweg den relativ höchsten Wert erreichte. Die Ablehnung der Doppelrolle Wissenschaft-Politik war bei formal niedrigeren Bildungsgraden also höher.

Vor diesem Hintergrund ist es auffällig, dass der Großteil der Befragten sich wünschte, dass sich die Politik beim Themenbereich Corona auf wissenschaftliche Erkenntnisse stützt. Das Corona Spezial des Wissenschaftsbarometers (Erhebungszeitraum: 25.05-26.05.2020, n=1021) stellte diesbezüglich spezifische Fragen, welche für die vorliegende These relevant sind.

Abbildung 4 fasst die Zustimmung zu wissenschaftlich fundierter Coronapolitik nach formalem Bildungsstand zusammen.

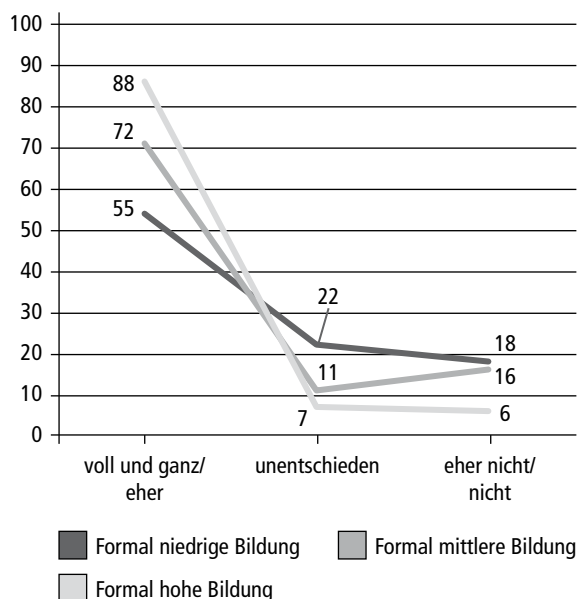
Die Antworten der Befragten mit niedriger formaler Bildung weisen nicht nur die geringste Streuung und die höchste Unentschiedenheit auf. Sie geben auch die geringste Zustimmung zu der Aussage, politische Entscheidungen in Bezug auf Corona sollten wissenschaftsfundiert stattfinden.

Die Auswertung verdeutlicht damit, dass ein niedriger formaler Bildungsabschluss mit weniger Vertrauen in Wissenschaft und Forschung, stärkerer Skepsis gegenüber „wissenschaftlicher Einmischung“ in die Politik sowie geringerer Zustimmung zu wissenschaftlich-evidenzbasierter Coronapolitik korreliert.

Wissenschaftsskepsis als doppelte Ausschlusserfahrung

Die Steigerung des Misstrauens lässt sich zeitgleich zu der Beobachtung messen, dass das wissenschaftliche Feld sich dem politischen annäherte. Dies bedeutet,

Abb. 4: Zustimmung zu wissenschaftlich fundierter Coronapolitik



Zustimmung zu: „Politische Entscheidungen im Umgang mit Corona sollten auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen“ in Prozent (summierte Werte bei „voll und ganz/eher“ sowie „eher nicht/nicht“)

Quelle: eigene Darstellung

dass Akteur*innen des wissenschaftlichen Feldes zu Einfluss im politischen Feld kamen. Das ist daran zu erkennen, dass sich Produkte des politischen Feldes auf wissenschaftliche Produkte stützten (vgl. dazu Bourdieu 2013, S. 105): Politiken zur Eindämmung des Virus bezogen sich auf epidemiologische Messungen zur Ausbreitung und Neuanssteckungsrate (Inzidenz), staatliche Geldvergabe richtete sich nach medizinischer Notwendigkeit (Intensivbettenbelegung), die Allokation von Impfdosen als knappes Gut erfolgte durch Prioritätsgruppierungen, welche auch durch medizinische Faktoren (Alter, Vorerkrankungen) gebündelt wurden, Online- statt Präsenzlehre sollte direkte Ansteckungen etwa durch Aerosole verhindern.

Diese biopolitischen Strategien (vgl. Foucault 2021, S. 180) stellten Produkte jener Kapitalkonvertierungsstrategie dar, bei welcher wissenschaftliches Kapital in politisches umgewandelt wird. Parallel zu dieser Beobachtung setzten sinkendes Vertrauen in Wissenschaft (siehe Abb. 1) sowie steigendes Misstrauen gegen die Einmischung von Wissenschaftler*innen

in die Politik (siehe Abb. 2 und 3) ein. Besonders ausgeprägt waren diese Entwicklungen jeweils bei Personen mit niedrigem formalem Bildungsgrad. Mit einer klassischen bildungssoziologischen Lesart von Bourdieu lässt sich dies als Ausschlussverfahren deuten. Derzufolge nehmen sich die entsprechenden Personen weder als Teil des politischen Feldes noch als Teil des wissenschaftlichen Feldes wahr. Diese Form der Wissenschaftsskepsis, die unter diesen Voraussetzungen so beschrieben werden kann, ist ein spezifischer Effekt³, eine Konsequenz der spezifischen gegebenen Bedingungen.

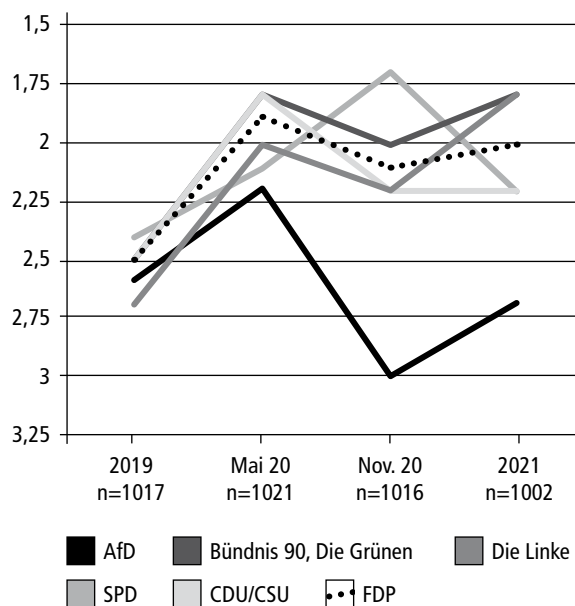
Wissenschaftsskepsis kann im vorliegenden Fall demnach als doppelte Ausschlussverfahren aus zwei Feldern verstanden werden. Sie entspricht weniger einer Skepsis oder allgemeinen Ablehnung von Imaginationen von „der Wissenschaft“, sondern ist eher in einer wahrgenommenen Selbstwirksamkeitsentwertung zu sehen. Dass dieser Effekt bei Personen mit formal niedriger Bildung intensiver ausfällt, ist dadurch zu erklären, dass sich jene Personen ohnehin durch die formalen Grenzen der Felder als nicht befähigt wahrnehmen, an den jeweiligen Feldern zu partizipieren. Eine Engführung dieser beiden Ausschlusswahrnehmungen intensivierte sich mit Eintritt der Corona-Pandemie.

Misstrauen gegen Wissenschaft nach Parteienpräferenz

Auffällige Häufungen gibt es nicht nur bezüglich des formalen Bildungsabschlusses, sondern auch hinsichtlich der Parteipräferenz der Befragten. Abbildung 5 zeigt das durchschnittliche Vertrauen in Wissenschaft der Befragten nach geäußelter Parteipräferenz.

Abbildung 5 verdeutlicht, dass verhältnismäßig geringes Vertrauen in Wissenschaft insbesondere von jenen Befragten angegeben wurde, die sich der „Alternative für Deutschland“ (AfD) zugehörig fühlten. Zwar gab es bei fast allen Parteien im Intervall Mai 2020 bis Nov. 2020 eine leichte Tendenz nach unten, jedoch erreichten nur AfD-nahe Befragte mit einem Durchschnittswert von 3,0 (absolut: 50

Abb. 5: Vertrauen in Wissenschaft nach Parteipräferenz (Selbstauskunft) 2019-2021



Angaben zu: Vertrauen in Wissenschaft und Forschung nach politischer Stimmung (Mittelwerte des Spektrums 1-5, wobei 1: „vertraue voll und ganz“, 3: „unentschieden“, 5: „vertraue nicht“).

Quelle: eigene Darstellung

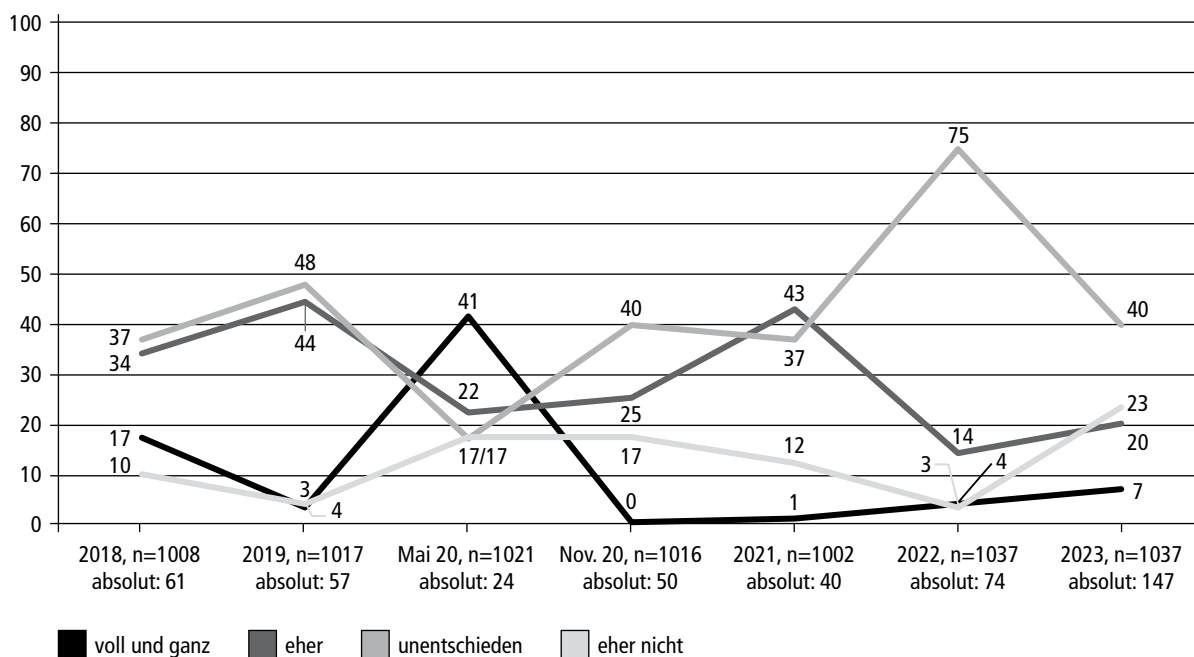
Befragte) im November 2020 ein „unentschieden“ hinsichtlich der Frage, ob Wissenschaft und Forschung vertraut werde, während alle anderen mit einem Schnitt von 2,04 (absolut: 563 Befragte) bei „vertraue eher“ blieben.

Bei isolierter Betrachtung jener Befragten, die sich der AfD zuordneten (absolute Zahlen siehe Abb. 6), zeigt sich zwischen 2019 und November 2020 eine Besonderheit bei der Angabe „vertraue der Wissenschaft voll und ganz“.

Die Angabe „voll und ganz“ bezüglich des Vertrauens in Wissenschaft erreichte in der Frühphase der Pandemie im Mai 2020 mit 41% (= 24 Personen) zunächst ein Maximum, fiel sodann jedoch im November des gleichen Jahres auf 0% (= 0 Personen). Wegen der geringen Anzahl an Befragten sollte dies aber nicht überinterpretiert werden.

³ Der Begriff „Effekt“ soll verdeutlichen, dass es sich um Konsequenzen handelt, die sich aus den gegebenen gesellschaftlichen Konstellationen ergeben, und nicht um bewusste Strategien, wie sie die Rational-Choice-Theory vorschlägt. Von derartigen Vorstellungen distanziert sich Bourdieu (vgl. etwa Bourdieu 1992, S. 83-87).

Abb. 6: Vertrauen in Wissenschaft bei Befragten mit politischer Selbstausskunft „AfD“ (Angaben in Prozent)



Angaben ohne „vertraue nicht“. Absolut beziffert ist die Anzahl an Personen, die sich bei der Befragung der AfD zugeordnet haben.

Quelle: eigene Darstellung

Dennoch deckt sich dies damit, dass in jenem Mai 2020 73% genau jener Befragten, die sich der AfD am nächsten sahen, „voll und ganz“ der Aussage zugestimmt haben, dass „Politische Entscheidungen im Umgang mit Corona [...] auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen [sollten]“ (WID 2020a, S. 8). Hier weist die AfD mit 92% auch die zweitgrößte entschiedene Zustimmung⁴ zu diesem Item unter allen Parteien überhaupt auf (Bündnis 90, die Grünen: 93%) (vgl. ebd.).

Angesichts dieser „wissenschaftsfreundlichen Stimmung“ im Mai 2020 erscheint es irritierend, dass die Befragten, die sich der AfD am nächsten sahen, im November 2020 plötzlich deutlich weniger volles Vertrauen in Wissenschaft und Forschung sowie das geringste durchschnittliche Vertrauen in Wissenschaft unter allen (siehe Abb. 5) angaben.

Vor dem Hintergrund der einleitend dargestellten Theorie lässt sich dies als Ergebnis einer politischen Trennung in wissenschaftlich – unwissenschaftlich

erklären, wie sie im politischen Diskurs der Zeit eingeführt und von der AfD oppositionell bespielt wurde. Bourdieu stellte dar, dass das Durchsetzen einer Trennung, einer Division, das zentrale Anliegen politischer Auseinandersetzungen ist (vgl. Bourdieu 2013, S. 280). Da die „Alternative für Deutschland“ als Partei im politischen Feld agiert, ist eine von ihr diskursivierte Trennung in wissenschaftlich – unwissenschaftlich auch als Produkt des politischen Feldes aufzufassen. Es handelt sich dabei nicht um eine autonome Grenzziehung des wissenschaftlichen Feldes, sondern um eine politisch motivierte. In diesem Fall ist somit nicht nur von einer Verwissenschaftlichung der Politik (Wechselkurs), sondern auch von einer Politisierung von Wissenschaft (politische Trennung wissenschaftlich – unwissenschaftlich) auszugehen.

Eine „dunkelgraue Spitze“ zeigt sich auch in Abbildung 1. Hier markiert sie ein zunächst steigendes und dann stark sinkendes Vertrauen von Personen mit formal niedriger Bildung in Wissenschaft. Dass

⁴ Summe aus „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“

die beiden „dunkelgrauen Spitzen“ mit steigender Skepsis gegen „wissenschaftliche Einmischung“ (siehe Abb. 2 und 3) in die Politik bei formal niedriger Bildung zusammenfallen (siehe Abb. 2, vgl. dort 2019 - 2020), passt in die vorgestellte Theorie: Jene befragten Personen sahen sich aus beiden Feldern ausgeschlossen, diese Erfahrung verschärfte und intensivierte sich während des steigenden Wechselkurses von wissenschaftlichem in politisches Kapital.

Insofern handelt es sich bei „Wissenschaftsskepsis“ um eine doppelte Ausschlusserfahrung aus zwei Feldern. Personen mit geringem Vertrauen in Wissenschaft verorteten sich während der Corona-Pandemie selbst gehäuft in der Nähe der AfD, welche für diese Personen ein parlamentarisches Angebot zur Verfügung zu stellen schien. Dies tat sie theoriegemäß durch die angesprochene politische Trennung zwischen Wissenschaft und Nicht-Wissenschaft.

Pädagogische und politische Möglichkeiten

Politik wird sich auch in Zukunft auf wissenschaftliche Ergebnisse stützen. Dies kann kritisch gesehen werden, da es sich dabei um eine „Epistemisierung des Politischen“ (siehe Bogner 2021) handeln kann, welche zu Ungunsten von Auseinandersetzungen um Werte stattfindet. Andere Ansätze wiederum, wie sie etwa von der „Partei der Humanisten“ vertreten werden, nehmen affirmative Positionen bezüglich starker Wissenschaftsbindung von Politik ein (siehe Schmidt-Salomon 2006). Für die Pädagogik bleibt ungeachtet dieser Positionen die Frage, wie mit den Gefahren und Risiken einer solchen Politikstrategie umgegangen werden kann, die sich – wie angesprochen – aus den gesellschaftlichen und historischen Kontexten als „Effekte“ (vgl. Fußn. 3) ergeben können.

Der Politikdidaktiker Helmut Bremer hat sich mit dem Ausschluss formal niedrig gebildeter Personen aus dem politischen Feld auf der Grundlage von Pierre Bourdieu beschäftigt. Er betont, dass das Nicht-Partizipieren von bestimmten Akteur*innen einen antizipatorischen Selbstausschluss darstellt. Denn diese „trauen sich nicht zu, etwas Relevantes zu politischen Themen zu sagen“ (Bremer 2010, S. 187), und nehmen stattdessen eine „*Delegation [...]*

an als befugt geltende Experten oder Institutionen“ (ebd.) vor. Dabei handelt es sich für Bremer um eine „Selbstausschließung“, welche aber im Grunde eine „vorweggenommene Fremdausschließung“ darstellt, da die Akteur*innen den Ausschluss aus dem politischen Feld lediglich antizipierten. Für das politische Feld schlägt er daher vor, die „*praktizierte Form der Trennung in Experten und Laien in Frage zu stellen“* (ebd., S. 190f., Hervorhebung im Orig.; vgl. dazu auch Bourdieu 2013, S. 98f.), die Ausschlussmechanismen also zu reflektieren und praktisch zu ändern. Das würde einerseits heißen, alternative Artikulationen des Politischen als solche anzuerkennen, denn auch „*Mitarbeit in Vereinen, Verbänden, Institutionen, Interessengruppen, Initiativen, in Betrieben, Schulen usw.“* (Bremer 2010, S. 190) ist politisch, wird jedoch nicht dem politischen Feld zugerechnet. Andererseits könne versucht werden, die entsprechenden Personen konkreter und praktischer in politische Entscheidungen einzubinden, wodurch ein politisches Selbstwirksamkeitsempfinden entstehen kann, welches den habituellen Zustand der Selbstausschließung überwinden könnte.

Diese Idee lässt sich auch auf das wissenschaftliche Feld übertragen: Wenn es gelänge, pädagogische Konzepte zur aktiven Bürger*innenbeteiligung an wissenschaftlicher Arbeit herzustellen (Citizen Science), so könnte auch hier ein wissenschaftliches Selbstwirksamkeitsempfinden entstehen, welches die wahrgenommene Distanz und daraus resultierendes Misstrauen gegen Wissenschaft verringert. Dafür kann es hilfreich sein, in der Bildungsarbeit eine engere Verzahnung zwischen Bildungspraxis und Wissenschaftspraxis herzustellen. Dies könnte durch Besuche in wissenschaftlichen Einrichtungen, Einladungen von Wissenschaftler*innen oder durch Ko-Forschung von Bürger*innen in Projekten passieren.

Auch politisch lässt sich dem begegnen. Politiker*innen könnten versuchen, wissenschaftliche Erkenntnisse transparenter zu machen. Das könnte dadurch erreicht werden, indem nicht nur Ergebnisse, sondern auch die Entstehungsprozesse dargestellt werden und in Beiträgen präzise deutlich gemacht wird, was wieso vermutet wird. Aufklärung über wissenschaftliche Standards und Quellenkritik könnten nachvollziehbar machen, warum Politik sich auf bestimmte Erkenntnisse stützt und auf andere nicht. Sollte Vertrauen in Wissenschaften

nicht hergestellt werden können, bleibt wissenschaftsfundierte Politik stets risikobehaftet.

Diskussion und offene Enden

Einige Fragen und Problematisierungen bleiben offen. Einerseits gaben die Befragten für ihr Misstrauen gegenüber Wissenschaft andere Gründe an (vgl. WID 2020b, S. 116), als sie hier theoretisch beschrieben worden sind. Andererseits zeigen die Abbildungen 2 und 3, dass dem wissenschaftlichen Einfluss auf die Politik nicht nur positiv gegenübergestanden wurde; die Befragten hatten bei der Auswahl der Gründe auch nicht die Möglichkeit, sich entsprechend zu äußern.

Offen bleibt auch, ob es deutliche Unterschiede bezüglich verschiedener Wissenschaftsdisziplinen gibt. Dafür liegen für die österreichische Gesellschaft zwar Daten vor (siehe ÖAW 2023), jedoch nicht in der für die hier vorgeschlagene Theorie notwendigen Auflösung und nicht im hinreichenden (vor allem zeitlichen) Umfang. Ähnliche Verhältnisse wie in Deutschland sind in den vorliegenden Informationen jedoch zu erkennen.

Ferner zeigen auch andere Variablen (beispielsweise Einkommen) Korrelationen mit Wissenschaftsvertrauen. Abbildung 6 zeigt, dass das Vertrauen in Wissenschaft bei Parteinähe zur AfD auch unmittelbar

vor Beginn der Pandemie bei lediglich 3% lag (2018: 17%). Hier wären weiter zurückreichende Daten notwendig, um den tatsächlichen Einfluss der Pandemie an sich langfristig beurteilen zu können. Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass die absolute Zahl jener Befragten, welche sich der AfD zuordneten, zu gering war, um verallgemeinernde Aussagen treffen zu können (siehe Abb. 6). Im Mai 2020 etwa sympathisierten von 1.021 Befragten lediglich 24 mit der AfD. Das entspricht 2,35%, womit diese Personen verglichen mit entsprechenden Wahlergebnissen hier stark unterrepräsentiert sind.

Zukünftig stellt sich damit die Frage, wie die Autonomien der Felder sichergestellt werden können. Bourdieu glaubte, dass die Autonomien der Felder ein Gut darstellen, welches es zu schützen gilt, und wehrte sich gegen die politische Vereinnahmung des intellektuellen Feldes (vgl. Bourdieu 1991, S. 17-21). Auch im vorgestellten Zusammenhang ergeben sich Fragen nach Möglichkeiten des Erhalts feldspezifischer Autonomie. Wie sollten sich Wissenschaftsdisziplinen zur Politisierung ihrer Produkte verhalten? Wie sollte mit dem Spannungsfeld zwischen evidenzbasierter Politik und der entgegenstehenden Konvertierungsstrategie von Sozialkapital in politisches Kapital umgegangen werden, welche ja das Versprechen der Demokratie ist? Die Widersprüche in diesem Spannungsverhältnis könnten sowohl in den Wissenschaftsdisziplinen als auch in der Politik thematisiert werden.

Literatur

Bogner, Alexander (2021): Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet. Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Bourdieu, Pierre (1991): Die Intellektuellen und die Macht. Hamburg: VSA.

Bourdieu, Pierre (1992): Rede und Antwort. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (1993): Soziologische Fragen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (1998): Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes. Konstanz: UVK Univ.-Verl.

Bourdieu, Pierre (2013): Politik. Hrsg. von Franz Schultheis und Stephan Egger. Berlin: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (2017): Meditationen. Zur Kritik der scholastischen Vernunft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (2018): Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bremer, Helmut (2010): Symbolische Macht und politisches Feld. Der Beitrag der Theorie Pierre Bourdieus für die politische Bildung. In: Lösch, Bettina/Thimmel, Andreas (Hrsg.): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch. Frankfurt: Wochenschau-Verlag, S. 181-192.

Foucault, Michel (2021): Analytik der Macht. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Schmidt-Salomon, Michael (2006): Manifest des evolutionären Humanismus. Plädoyer für eine zeitgemäße Leitkultur. Aschaffenburg: Alibri.

ÖAW – Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.) (2023): ÖAW Wissenschaftsbarometer 2023 (Erweiterter Bericht). Online: <https://www.oeaw.ac.at/wissenschaftsbarometer/ergebnisse> [2024-05-08]

WID – Wissenschaft im Dialog (Hrsg.) (2018): Wissenschaftsbarometer 2018. Detaillierte Ergebnisse des Wissenschaftsbarometers 2018 nach Subgruppen. Online: <https://www.wissenschaft-im-dialog.de/projekte/wissenschaftsbarometer/wissenschaftsbarometer-2018/> [2024-05-08]

WID – Wissenschaft im Dialog (Hrsg.) (2019): Wissenschaftsbarometer 2019. Detaillierte Ergebnisse des Wissenschaftsbarometers 2019 nach Subgruppen. Unter Mitarbeit von Wissenschaft im Dialog. Online: <https://www.wissenschaft-im-dialog.de/projekte/wissenschaftsbarometer/wissenschaftsbarometer-2019/> [2024-05-08]

WID – Wissenschaft im Dialog (Hrsg.) (2020a): Wissenschaftsbarometer Corona Spezial. Detaillierte Ergebnisse der erneuten Befragung nach Subgruppen. Online: <https://www.wissenschaft-im-dialog.de/projekte/wissenschaftsbarometer/wissenschaftsbarometer-corona-spezial/> [2024-05-08]

WID – Wissenschaft im Dialog (Hrsg.) (2020b): Wissenschaftsbarometer 2020. Detaillierte Ergebnisse des Wissenschaftsbarometers 2020 nach Subgruppen. Online: <https://www.wissenschaft-im-dialog.de/projekte/wissenschaftsbarometer/wissenschaftsbarometer-2020/> [2024-05-08]

WID – Wissenschaft im Dialog (Hrsg.) (2021): Wissenschaftsbarometer 2021. Detaillierte Ergebnisse des Wissenschaftsbarometers 2021 nach Subgruppen. Online: <https://www.wissenschaft-im-dialog.de/projekte/wissenschaftsbarometer/wissenschaftsbarometer-2021/> [2024-05-08]

WID – Wissenschaft im Dialog (Hrsg.) (2022): Wissenschaftsbarometer 2022. Detaillierte Ergebnisse des Wissenschaftsbarometers 2022 nach Subgruppen. Online: <https://www.wissenschaft-im-dialog.de/projekte/wissenschaftsbarometer/wissenschaftsbarometer-2022/> [31.01.2024]

WID – Wissenschaft im Dialog (Hrsg.) (2023): Wissenschaftsbarometer 2023. Detaillierte Ergebnisse des Wissenschaftsbarometers 2023: Tabellenband. Online: <https://www.wissenschaft-im-dialog.de/projekte/wissenschaftsbarometer/wissenschaftsbarometer-2023/> [31.01.2024]



Foto: Privat

Lukas Hofmann

lukas.hofmann@uni-graz.at

Lukas Hofmann arbeitet seit dem Lehramtsstudium (Musik, Germanistik, Politik und Wirtschaft) und schulischer Berufserfahrung als Universitäts-Assistent am Institut für Bildungsforschung und PädagogInnenbildung der Universität Graz. Politische Bildung vor dem Hintergrund sozialer Ungleichheit gehört hier zu den Arbeitsschwerpunkten. Seine Dissertation beschäftigt sich gegenwärtig mit rechtsintellektuellen Einflussversuchen im Feld der Bildung.

Skepticism of Science as an Experience of Double Exclusion during the Coronavirus Pandemic

An educational sociology and political science perspective with Pierre Bourdieu

Abstract

Based on Pierre Bourdieu's theory, this article explains the empirically verifiable connection between a low level of formal education, mistrust of science and voting for parties that identify as "skeptical of science." The basis for this is a double reading of Bourdieu from an orthodox educational sociological as well as a political perspective and empirical data on changing trust in science against the backdrop of the coronavirus pandemic in Germany from 2018 to 2023. The author shows how both science and politics have mechanisms of exclusion that disadvantage people with less formal education. Moreover, the interaction between scientific capital and political capital increased during the coronavirus pandemic, which means that people with the former acquired more political power. One result of the interplay between these mechanisms of exclusion is that people position themselves as skeptical of science. This has consequences for educational practice and politics that the author describes and supplements with initial thoughts on the need for action. (Ed.)



Impressum/Offenlegung



Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
Gefördert aus Mitteln des BMBWF
erscheint 3 x jährlich online
Online: <https://erwachsenenbildung.at/magazin>
ISSN: 1993-6818

Medieninhaber



Bundesministerium für Bildung,
Wissenschaft und Forschung
Minoritenplatz 5
A-1010 Wien



Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Bürglstein 1-7
A-5360 St. Wolfgang

Redaktion



CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Keplerstraße 105/3/5
A-8020 Graz
ZVR-Zahl: 167333476

Herausgeber der Ausgabe 52, 2024

Mag. Lukas Wieselberg (ORF science.ORF.at und Ö1)
Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)

Herausgeber*innen des Magazin erwachsenenbildung.at

Kmsr.ⁱⁿ Eileen Mirzabaegi, BA MA (BMBWF)
Dr. Dennis Walter (bifeb)

Fachbeirat

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Elke Gruber (Universität Graz)
Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für Höhere Studien)
Mag. Kurt Schmid (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)
Mag.^a Julia Schindler (Universität Innsbruck)
Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)
Mag. Lukas Wieselberg (ORF science.ORF.at und Ö1)

Redaktion

Jennifer Friedl, MA (Verein CONEDU)
Mag.^a Bianca Friesenbichler (Verein CONEDU)

Fachlektorat

Mag.^a Laura R. Rosinger (Textconsult)

Übersetzung

Übersetzungsbüro Mag.^a Andrea Kraus

Satz

Marlene Schretter – Visuelle Kommunikation,
basierend auf einem Design von Karin Klier (tür 3))) DESIGN

Website

wukonig.com

Gesamtleitung erwachsenenbildung.at

Mag. Wilfried Frei (Verein CONEDU)

Medienlinie

„Magazin erwachsenenbildung.at – Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs“ (kurz: Meb) ist ein redaktionelles Medium mit Fachbeiträgen von Autor*innen aus Forschung und Praxis sowie aus Bildungsplanung, Bildungspolitik u. Interessensvertretungen. Es richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und verwandten Feldern tätig sind, sowie an Bildungsforscher*innen und Auszubildende. Das Meb fördert die Auseinandersetzung mit Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik und spiegelt sie wider. Es unterstützt den Wissenstransfer zwischen aktueller Forschung, innovativer Projektlandschaft und variantenreicher Bildungspraxis. Jede Ausgabe widmet sich einem spezifischen Thema, das in einem Call for Papers dargelegt wird. Die von Autor*innen eingesendeten Beiträge werden dem Peer-Review eines Fachbeirats unterzogen. Redaktionelle Beiträge ergänzen die Ausgaben. Alle angenommenen Beiträge werden lektoriert und redaktionell für die Veröffentlichung aufbereitet. Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend der Meinung der Herausgeber*innen oder der Redaktion. Die Herausgeber*innen übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte verlinkter Seiten und distanzieren sich insbesondere von rassistischen, sexistischen oder sonstwie diskriminierenden Äußerungen oder rechtswidrigen Inhalten solcher Quellen.

Alle Artikel und Ausgaben des Magazin erwachsenenbildung.at sind im PDF-Format unter <https://erwachsenenbildung.at/magazin> kostenlos verfügbar.

Urheberrecht und Lizenzierung

Wenn nicht anders angegeben, erscheint die Online-Version des „Magazin erwachsenenbildung.at“ ab Ausgabe 28, 2016 unter der Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>).



Benutzer*innen dürfen den Inhalt zu den folgenden Bedingungen verbreiten, verteilen, wiederveröffentlichen, bearbeiten, weiterentwickeln, mixen, kompilieren und auch monetarisieren (kommerziell nutzen):

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den Namen des/der Autor*in nennen und die Quell-URL angeben.
- Angabe von Änderungen: Im Falle einer Bearbeitung müssen Sie die vorgenommenen Änderungen angeben.
- Nennung der Lizenzbedingungen inklusive Angabe des Links zur Lizenz. Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieses Werk fällt, mitteilen.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt. Nähere Informationen unter <https://www.fairkom.eu/CC-at>.

Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein Belegexemplar elektronisch an magazin@erwachsenenbildung.at oder postalisch an die angegebene Kontaktadresse.

Kontakt und Hersteller

Magazin erwachsenenbildung.at
Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
p. A. CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Keplerstraße 105/3/5, A-8020 Graz
magazin@erwachsenenbildung.at